

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXI/70

Bonn, den 7. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|--|---------------|
| 1 - 4 | <u>Die unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung</u> | 196 |

Sozialdemokratische Vorstellungen
von einer verantwortungsbewußten Finanzpolitik

Von Dr. Alex Möller, MdB

| | | |
|---|-----------------------------------|----|
| 5 | <u>Und Herr von Hassel bleibt</u> | 48 |
|---|-----------------------------------|----|

Parteilogistische Gründe geben den Ausschlag

| | | |
|---|--------------------------------|----|
| 6 | <u>Jüngere kommen zum Zuge</u> | 50 |
|---|--------------------------------|----|

SPD-Vorbereitungen zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND ANSCHIEDLUNG bringt heute:

KLINER: Unser Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei

Beichten in deutscher Sprache verboten

662 Aussiedler aus Allenstein

200 000 Deutsche in der Tschechoslowakei

"Loyal und zügig"

Fortschritte in Hessen

Weltruh deutscher Chirurgie

+ + -

Die unsolide Haushaltspolitik der Bundesregierung

Sozialdemokratische Vorstellungen
von einer verantwortungsbewußten Finanzpolitik

Von Dr. Alex Müller, KdB

Das Ergebnis der Beratungen des Bundeskabinetts über den Urfolg des Haushalts 1967 ist in der Presse zwar beanstandet, aber noch recht zurückhaltend kommentiert worden. Nicht nur die Tatsache, daß dieser Haushalt wieder stärker ansteigen wird als die geschätzte normale Zuwachsrates des Sozialprodukts, hat eine Unzufriedenheit verursacht, es ist auch zu Recht beanstandet worden, mit welchem schwachem Ergebnis sich die Bundesregierung um den Ausgleich des Haushalts bemüht hat, nachdem noch unmittelbar vorher von einer Senkung der Statobergrenze von 74 Milliarden um 1,5 Milliarden DM die Rede war.

Die Verschiebung von Lasten aus dem Bundeshaushalt auf staatliche Nebenhaushalte und die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen durch Zuteilung von Schuldbuchforderungen an die Sozialversicherungsträger rechtfertigen die Bezeichnung eines "Haushalts mit Tricks". Noch zweifelhafter wird aber die Behauptung vom "ausgeglichenen" Haushalt in Höhe von 73,9 Milliarden DM, wenn - von allen weiteren Einzelheiten abgesehen - die Bundesregierung bei den Einnahmen eine Anteilsquote an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zugrunde legt, die dem Bund nach der klaren gesetzlichen Regelung nur bis zum 31. Dezember 1966 zusteht.

Auch die Grundzüge des Bundesetats 1967 dokumentieren, wie unsolide die Haushaltspolitik des Bundes betrieben wird. Wer dies aber erst jetzt mit Erschrecken feststellt, der hat die ständigen öffentlichen Warnungen und Forderungen von finanzpolitischen Sprechern der SPD nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

* * *

Auf die finanzielle Lage, die der 5. Deutsche Bundestag bei dem Beginn seiner Tätigkeit vorfinden würde, hat der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, bereits auf der Pressekonferenz am 5. Juli 1965 in Bonn ausdrücklich hingewiesen, als er ausführte, er halte

- * "die finanzwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für außergewöhnlich ernst. In den letzten Monaten sind im Bundestag Beschlüsse mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auch für den 5. Deutschen Bundestag gefaßt worden, der also mit dieser schweren, ihn belastenden Hypothek seine Arbeit wird beginnen müssen. Hinzu kommt, daß die amtlichen Zahlen des Bundeshaushalts 1965 keine reale Ausgangsbasis darstellen. Diese Tatsache ist von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nicht nur in der dritten Lesung des Bundeshaushalts 1965 mit Nachdruck herausgestellt worden; sie wurde auch von nicht parteigebundenen sachverständigen Institutionen ebenso wie von der Fachpresse mit großer Beachtung gewürdigt."

Ich habe als Mitglied der Regierungsmannschaft der SPD auf einer weiteren Pressekonferenz am 6. August 1965 die "Finanzanarchie" des Bundes im einzelnen dargestellt und die Bundesregierung, die die volle Verantwortung für die Vorbelastung der zukünftigen Haushalte zu tragen hatte, gefragt, wie sie die Deckungslücke im Etat schließen wollte. Sie

zeichnend für das Verantwortungsgefühl der von der gleichen Parlamentsmehrheit wie heute getragenen Regierung war die offizielle Antwort:

- * "Wir würden es als unfair betrachten, wenn die jetzige Bundesregierung Entscheidungen treffen würde, die die nächste Regierung binden würden."

Das war die Reaktion einer Regierung, die weder von ihrem Einspruchsrecht nach Artikel 113 GG gegen die Wahlgeschenke-Gesetze Gebrauch gemacht hatte, noch vor dem Parlament mit einem entsprechenden Hinweis auf dieses Recht ihre finanzpolitische Verantwortung hätte beweisen können. - Wie dann die CDU/CSU/FDP mit den gleichen Verantwortlichen die Wahlgeschenke durch das Haushaltssicherungsgesetz wieder eingespart und damit dem Ansehen des Rechtsstaates einen sehr schlechten Dienst erwiesen haben, wird wohl noch einige Zeit in Erinnerung bleiben.

Es sei aber noch hervorgehoben, daß in der Pressekonferenz vom 5. Juli 1965 Willy Brandt auch zu dem innenpolitischen Problem Nr. 1 der großen Sorge um die Preisstabilität, Stellung nahm und auf die Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung hinwies, die damals rund 3 Prozent betragen. Das Wirtschafts- und Finanzprogramm der SPD hatte sich zum Ziel gesetzt, daß

- * "sich die für 1966 bereits in die amtlichen Steuervoraussetzungen des Bundesfinanzministeriums eingegangene gesamtwirtschaftliche Preissteigerung von 3 Prozent nicht mehr erhöht. für 1967 und 1968 ist die schleichernde Inflation schrittweise so zurückzudrängen, daß der Preisindex für das Bruttosozialprodukt in den beiden Jahren höchstens um jährlich 2 Prozent steigt und 1969 nur noch um 1 Prozent.

Damit war von den Fachleuten der SPD ein gleicher Weg aufgezeigt, der Geläwertverschlechterung Einhalt zu gebieten, den auch später der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Jahresgutachten 1965/66 vorgeschlagen hat.

Bundeskanzler Erhard, dem dieser Vorschlag "zu mechanistisch gedacht" war, zog mit seinem Kabinett einen Weg vor, der sich am deutlichsten an der Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex verfolgen läßt und der der Bundesrepublik in diesem Frühjahr Preisniveausteigerungen bis zu 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr brachte.

Aber nicht nur mit dem Vorschlag der schrittweisen Eindämmung der Preissteigerungen befand sich die SPD in der gleichen Richtung wie später der Sachverständigenrat, sondern auch die von den Sachverständigen empfohlene "konzentrierte Aktion" ist schon in der Erklärung Willy Brandts vom 5. Juli 1965 zu finden.

- * "Wir wünschen Gespräche mit Vertretern der großen sozialer Gruppen, um Mittel und Auswirkungen der Globalsteuerung verantwortungsbewußt diskutieren zu können. Ein runder Tisch, an dem nicht nur über Löhne und Preise, sondern ebenfalls über Gewinne, öffentliche Ausgaben und die außenwirtschaftliche Lage gesprochen und verhandelt werden kann, ist nicht Optik, sondern erleichtert den Verantwortlichen die zeitgemäße Form der Lösung dieser Probleme."

Einer demonstrativen Hinweis auf die finanzpolitische Haltung der SPD gab die Erklärung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in der Bundestagssitzung vom 26. Februar 1965, als aus Sorge um die Preisstabilität sozialdemokratische Anträge, die Mehrausgaben in Höhe von

1.635 Milliarden DM gebracht hätten, zurückgezogen wurden. Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP haben dieses Pflichtbewusstsein nicht aufgebracht und haben an ihren Mehranforderungen festgehalten.

Auch durch eine andere Stelle aus dem bereits Sachverständigenrat achten werden die ständigen, warnenden Äußerungen von sozialdemokratischen Politikern bestätigt. So schreibt der Sachverständigenrat in Tz. 154:

- * "Möglicherweise hätte der IV. Deutsche Bundestag so hohe zusätzliche Ausgaben nicht beschlossen, wenn ihm ein mehrjähriger und detaillierter Finanzplan vorgelegen hätte."

Auf der Bonner Pressekonferenz vom 6. August 1965 habe ich ausgeführt:

- * "Die Antwort auf die Frage, warum der Bundeskanzler und die von ihm geführte Regierung mit den finanzpolitischen Problemen nicht fertig werden, können wir ihm geben. Wenn sich eine Regierung nicht beizeiten dazu verstehen kann, langfristige Überlegungen für eine mittelfristige Haushaltsplanung anzustellen, dann verwundert es niemanden, daß das Haushaltsvolumen unkontrolliert die volkswirtschaftlich angemessene Grenze übersteigt und daß wichtige Aufgaben stets vernachlässigt werden. Wer, wie Erhard noch vor etwa 2 Jahren, Vorausschätzungen als "Träumereien am Kamin" bezeichnete, wird unglaubwürdig, wenn er auf diesem Gebiet nun wieder mehr verspricht, als man zu halten vermag. - Wenn Bundeskanzler Erhard, wie er behauptet hat, "ziemlich gut" wüßte, "wie es um den Haushalt 1966 und 1967 bestellt ist", dann würden sich die wiederholten Vorwürfe an die SED erübrigen. Wir sind die falsche Adresse. Es wäre hingegen seine Aufgabe gewesen, rechtzeitig die sich anzeigende Finanzanarchie zu stoppen."

* * *

Die Forderung der SPD an die Regierung nach einer Haushaltspolitik, die auch den ökonomischen Erfordernissen Rechnung trägt, ist in dieser Zeit zum Schaden einer gleichgewichtigeren wirtschaftlichen Entwicklung leider ohne Erfolg geblieben. Auch mit der Schaffung eines komplexen konjunkturpolitischen Instrumentariums hat die Bundesregierung jährelange die dringenden Mahnungen der Sozialdemokraten in den Wind geschlagen. Was in allen modernen Industriestaaten ständig angewandt wird, versucht die Bundesregierung nun mit dem sogenannten Stabilisierungsgesetz einzurichten. Trotz der Eile kommt es für die gegenwärtige Konjunktursituation "3 Jahre zu spät", wie es der frühere Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Professor H e t t l a g e , ausrückte. Noch am 8. Juni 1966 hat Bundeskanzler Erhard in einer einmaligen Selbstanklage den Verantwortlichen für die jahrelange Verzögerung aufgezeigt, als er auf der Jahresversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie bekannte, daß er sich lange Zeit gegen ein solches Gesetz gestäubt habe.

Am 3. März 1966 akzeptierte der Bundeskanzler zur allgemeinen Überraschung auf einmal auch die nunmehr ins Konjunkturstabilisierungsgesetz übernommene mehrjährige Finanzplanung - einen Vorschlag der Sozialdemokraten, den er bis dahin immer als planwirtschaftliches Instrument vom Tisch fegte. Zu dieser Erklärung des Bundeskanzlers im Bundestag schrieb die Neue Zürcher Zeitung vom 4. März 1966:

- * "... Erhard bediente sich eines volkswirtschaftlichen Vokabulars, das zu einem beachtlichen Teil aus dem sozialdemokratischen Wahlprogramm von Sommer 1963 bekannt war und das er in früheren Jahren mit Sicherheit noch kategorisch von sich gewiesen hätte..."

Wenn die Schweizer Zeitung die Wandlung Erhards zu sozialdemokratischen Vorschlägen auch zu Recht betont, so sind die klaren und detail-

lierten Forderungen der Sozialdemokraten nach einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik doch schon einige Jahre älter. Es sei hier an die wirtschaftspolitische Tagung der SPD in Essen mit den Ausführungen Professor Schillers über die wirtschaftspolitische Globalrechnung und die finanzpolitische Abstimmung aufgrund einer langfristigen Vorausschau erinnert.

* * *

Unmißverständlich und die bis jetzt auf diesem Gebiet unklare Bundesregierung anklagend sind die Entschlüsse zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit denen die SPD auf ihrem Parteitag in Karlsruhe 1964 an die Öffentlichkeit trat. Auf die globalen Wechselwirkungen von privater Wirtschaft und öffentlichem Haushalt eingehend, heißt es hier:

- * "Diese globalen Wechselwirkungen müssen harmonisch aufeinander abgestimmt werden, um eine gesunde Entwicklung beider Sektoren zu gewährleisten.
- * Dieser Aufgabe kann die öffentliche Finanzwirtschaft nur gerecht werden, wenn ein entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung steht bzw. ausgebaut wird, das sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte Anwendung finden kann...
- * Um die Zielanordnung und die Auswirkungen der anzuwendenden Methoden im Rahmen einer wachstumsorientierten Finanzpolitik erkennbar und beeinflussbar zu machen, bedarf es zudem einer mittelfristigen Haushaltsplanung. Sie soll das voraussichtliche Ausmaß des Deckungsbedarfs der öffentlichen Hand in den einzelnen Rechnungsjahren darstellbar machen und den Gesamtrahmen aller öffentlichen Verpflichtungen sichtbar machen. Erst eine solche Übersicht wird zutreffende Maßstäbe für die politischen Entscheidungen über Wert und Rangfolge der einzelnen Aufgaben liefern. Sie wäre einzubetten in eine mittelfristige gesamtwirtschaftliche Vorausschau, die ihrerseits den Rahmen für die öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden setzen würde."

* * *

Auch die im Stabilisierungsgesetz vorgesehene antizyklische Haushalts- und Steuerpolitik hat bereits in den Karlsruher Parteitagsschlüssen ihren Niederschlag gefunden:

- * "Abgesehen von einer Globalsteuerung durch eine mögliche Variation des Verhältnisses von direkten und indirekten Steuern und gegebenenfalls durch Einnahmen-Thesaurierung bieten sich dafür vor allem die Einkommen- und Körperschaftsteuer an, deren Gewinnermittlungs-, Abschreibungs- und Steuerfestsetzungsvorchriften auch differenzierte Sonderregelungen zulassen."

Diese klare Darstellung einer konjunkturorientierten Finanzpolitik durch die SPD schon im Jahre 1964 im Gegensatz zu dem jetzigen Gesetzentwurf der Bundesregierung mit der beziehungslosen Aneinanderreihung von einzelnen konjunkturpolitischen Mitteln beweist, wie sorgfältig und verantwortungsbewußt die SPD ihre finanzpolitischen Vorstellungen schon vor Jahren entwickelt hat. Sie zeigt auf der anderen Seite, wie leichtfertig die Bundesregierung gehandelt hat, wenn sie erst jetzt unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung durch die Schaffung von konjunkturpolitischen Instrumenten Ansätze zu einer wirklichen staatlichen Konjunkturpolitik erkennen läßt.

* * *

Und Herr von Hassel bleibt

Parteiegoistische Gründe geben den Ausschlag

sp - Wie immer auch das Endergebnis der Beratungen des Verteidigungsausschusses in der zu erwartenden Bundestagsdebatte über die Krise in der Bundeswehr auch aussehen mag, es wird das Unbehagen in der Öffentlichkeit nicht beseitigen, das sich an die Person des Bundesverteidigungsministers Kai-Uwe von Hassel knüpft. Dieser Mann hat viel von seinem früheren Ansehen verloren, er mußte schwere Schläppen hinnehmen. Kritische Urteile und Beurteilungen über sein mangelndes Führungsvermögen kamen sogar aus den Reihen seiner eigenen Partei. Unerfreuliches und höchst Beunruhigendes über den Mangel an Koordination zwischen den militärischen und zivilen Führungsstäben im Bundesverteidigungsministerium kam ans Tageslicht, die Unklarheit von Zuständigkeiten erzeugte Unsicherheit und Bitternisse; persönliche Rivalitäten schufen ein ungesundes Klima, notwendige Anschaffungen durchliefen zeitraubende Instanzenwege.

An Einfühlungsvermögen und an der Kunst der Menschenführung, Haupttugenden bei der Beseitigung unvermeidlicher Schwierigkeiten, wie wie in jedem Mann-Unternehmen auftauchen, hat es gefehlt. Gewiß, nicht a l l e Schuld trifft den gegenwärtigen Verteidigungsminister. Er fand bei seiner Amtsübernahme vor drei Jahren eine Lage vor, die in sich die Keime all dessen enthält, was dann in der Folgezeit üppig ins Kraut schoß. Doch das mindert nicht die politische und persönliche Verantwortung des Herrn von Hassel. Er war weder in der Lage noch willens, sein Ministerium so zu gliedern und die Zuständigkeiten so klar aufzuteilen, daß die Führungspersonen ihre Aufgaben erfüllen konnten. Er ließ die Dinge treiben. Allerwichtigste Vorgänge kamen ihm nicht zu Gehör. Berechtigte Kritiken und Vorbehalte gegen seine Fähigkeiten, wie sie in der berühmten Starfighter-Debatte des Bundestages erhoben wurden, verwies er in den Bereich übelwollender Verdächtigungen. Herr von Hassel fühlte sich über alle Kritiker hinwegsetzend erhoben.

Hat nun sein durch fachliche Leistung nicht begründetes Selbstvertrauen einen Stoß erlitten? Offensichtlich nicht. Herr von Hassel wird weiter Bundesverteidigungsminister bleiben, und dies nur deshalb, weil seine Partei, die CDU, glaubt, es sich nicht leisten zu können, einen ihrer stellvertretenden Parteivorsitzenden als Minister fallen zu lassen, auch wenn dies übergeordnete Notwendigkeiten erfordern. Sie, die CDU, sehe darin einen Prestigeverlust. Außerdem käme Bundeskanzler Erhard durch eine damit verbundene Kabinettsumbildung in ein unüberschaubares Dilemma; er wäre jetzt zu Entscheidungen gezwungen, die zu treffen er sich scheut und die die CDU in Verwirrung stürzen würden. Diesen Zeitpunkt will Erhard möglichst lange hinauschieben und, wenn es geht, ganz vermeiden.

So bleibt uns der Herr von Hassel als Verteidigungsminister erhalten, der Mann, der die Krise in der Bundeswehr heraufbeschworen hat und dem die Eignung für dieses so wichtige Amt offensichtlich fehlt. Parteiegoistische Entscheidungen gaben hier den Ausschlag. Den Preis für solche Kurzsicht, um eine größere Kennzeichnung zu vermeiden, haben wir unter der Kanzlerschaft Erhards alle zu bezahlen.

Jüngere kommen zum Zuge

SPD-Vorbereitungen zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

sp - Am 19. November werden die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein ihre Landesliste für die am 23. April nächsten Jahres stattfindende Landtagswahl aufstellen. Schon jetzt ist erkennbar, daß die schleswig-holsteinische SPD auf eine deutliche Verjüngung ihrer Landtagskandidaten drängt. Die großen alten Männer der ersten Stunde, voran der sozialdemokratische Oppositionsführer Wilhelm Küber und der Landtagsvizepräsident Wilhelm Siegel stellen sich aus freiem Entschluß nicht mehr zur Wiederwahl. Bis 1950 war der jetzt siebzehnjährige Küber Innenminister von Schleswig-Holstein. Siegel, nunmehr 76 Jahre alt, war damals Volksbildungsminister. Es ist heute noch kaum vorstellbar, in welchem Maße damals unter unzulänglichen Umständen der Aufbau des mit Vertriebenen überfüllten Schleswig-Holstein eingeleitet werden mußte. Es waren die großartigen Leistungen jener Jahre, für Hunderttausende Arbeitsplätze und Wohnungen zu schaffen und die Grundlagen für eine geordnete Landesverwaltung zu legen.

Aber weder Küber noch Siegel haben sich nach 1950 von der Landespolitik abgewandt. Sie haben seitdem ununterbrochen eine konstruktive Opposition betrieben. Sie waren die großen Gegenspieler der CDU-Ministerpräsidenten Dr. Bartram, Friedrich-Wilhelm Lübke, Kai-Uwe von Hassel und Dr. Lemke.

Gerade in den letzten Monaten war das tatkräftige Eingreifen der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein dringender als je zuvor. Die Umstellung des Schuljahresbeginns mit Hilfe zweier Kurzschuljahre erfolgt im nördlichen Bundesland unter so dürftigen Umständen, daß die Sozialdemokraten mit einer neuen Anfrage in den Landtag gehen werden. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik zwischen Bonn und Kiel ist so mangelhaft koordiniert worden, daß erste Einbrüche am Arbeitsmarkt sichtbar sind; und das vor dem Hintergrund einer durchaus noch nicht gesicherten Arbeitsplatzversorgung. Die Landwirtschaft ist noch längst nicht EWG-fähig und schon wird sie von harten Geldabstrichen betroffen. Diesem Themenkreis wird sich nun zunehmend der neue Landesvorsitzende Steffen zuwenden.

Auch Frau Dr. Elly Lürden, die dem Landtag seit 1947 als angesehene Expertin für Schulfragen angehört, kehrt nicht in das neue Parlament zurück. Sie ist nunmehr 71 Jahre alt. Das gilt auch für den 69-jährigen Lübecker Abgeordneten Paul Preuß, der 1950 bereits in den Landtag einrückte und dem gerade die Vertriebenen Schleswig-Holsteins so viel verdanken.

Noch nie waren die Chancen der Sozialdemokraten seit 1950 so groß, in die Landesregierung in Kiel zu gelangen, wie jetzt. Bisher war die Mehrheit einer SPD/DFP-Koalition nicht gegeben. Zweifellos wird das am 23. April 1967 als Wahlergebnis der Fall sein. Von 1950 bis 1962 haben sich die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein bei den Landtagswahlen von 27,5 auf 39,2 Prozent gesteigert. Bei der letzten Kreistagswahl im März schafften sie 39,8 Prozent. Berücksichtigt man die Verfallsrisse der Regierung Dr. Lemke, die sich nur überall im Lande herumsprechen, und das Durcheinander in Bonn sowie den allgemeinen Trend, der sich bei den NRW-Wahlen zeigte, so kann davon ausgegangen werden, daß die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein einen recht erheblichen Stimmzuwachs erhalten werden.